

## Bald weniger Geld für Pensionisten „Nächste Reform nicht aufschieben“

**Experten-Streit.** Weil die längere Lebenserwartung eingerechnet werden muß, werden die Pensionserhöhungen schon in zwei bis drei Jahren magerer als bisher ausfallen. Dies verkündet das Sozialministerium bei einer hitzigen Diskussion mit den Experten Bernd Marin, Bernd Rürup und Helmut Kramer.

WIEN (per). „Pensionisten sollen einen Teil der Freude, länger zu leben, selbst finanzieren“, verlangten die Sozialforscher Bernd Marin und Christopher Prinz Dienstagabend bei der Vorstellung ihres Buches „Pensionsreformen – Nachhaltiger Sozialumbau am Beispiel Österreichs“. Eine Forderung – darin gab sogar Friedrich Wirth, Sektionschef im Sozialministerium, den Experten Recht –, in zwei, bis drei Jahren umgesetzt werden muß.

„Die längere Lebenserwartung muß in die Pensionen eingerechnet werden. Daran besteht kein Zweifel.“ Durch den sogenannten Lebenserwartungsfaktor soll die jährliche Rentenerhöhung gebremst werden, aber weiter mindestens die Inflation abdecken. „In diesen Zeiten mit geringen Teuerungsraten ist diese Maßnahme nutzlos.“ Gerechnet wird mittelfristig mit einer Inflationsrate von durchschnittlich zwei Prozent, was nach dem derzeitigen System Pensionserhöhungen von 2,5 bis drei Prozent bedeuten würde. Tatsächlich dürften die Steigerungen wegen der gestiegenen Lebenserwartung aber um zwei Zehntel Prozentpunkte niedriger ausfallen, sagte Wirth.

Diesem Schritt kann der deutsche Rentenexperte Bernd Rürup nur zustimmen. Die Kosten der Überalterung der Gesellschaft seien „durch nichts in der Welt wegzuschaffen“. Keinesfalls könne man sie nur den Jungen anlasten. „Reformen gehen daher

zwangsläufig mit Verlusten der Pensionisten einher.“ Rürup hatte die Regierung für die vergangene Reform beraten, die seiner Meinung nach aber „viel weiter hätte gehen müssen“.

Auch Wifo-Chef Helmut Kramer sind die bisher eingeleiteten Sanierungsschritte zu wenig. Bis 2010/2012 bestehe zwar kein Handlungszwang, Reformen müßten aber rasch beschlossen werden. Dabei könne es sich, so Kramer, auch um „noch nicht absolut verbindliche, aber doch gesellschaftliche Vereinbarungen“ handeln. Im Fokus der Reformen müßten die heute 30jährigen stehen. Längere Erwerbstätigkeit und damit mehr Beitragsjahre, späterer Pensionsantritt und verstärkte private Vorsorge werden ihnen nicht erspart bleiben, meinen Marin, Rürup und Kramer.

### Mehr private Vorsorge

Das Verhältnis zwischen Beiträgen für die staatliche Pension und kapitalgedeckte Systeme

der privaten Pensionskassen und Lebensversicherer beträgt heute 9:1. Der Anteil privater Vorsorge müßte aber auf 25 Prozent ansteigen, damit das Pensionsniveau auf unverändertem Niveau bleiben kann, so Rürup. Das wäre auch im Sinne einer Risikostreuung der Altersvorsorge, meint Kramer.

„Mit den heutigen Maßnahmen wird die Pensionshöhe ohnehin auf 70 Prozent des Aktiveinkommens sinken“, bestätigte Wirth. Das entspreche aber immer noch dem politischen Ziel, den Lebensstandard nach Pensionsantritt zu halten. Daher müsse man sich am Letzteinkommen orientieren und zur Berechnung der Rente die besten 15 Einkommensjahre als Basis nehmen und nicht die von den Pensionsexperten geforderte Summe des lebenslangen Einkommens. Die Veranlagung eines Teils der Pensionsbeiträge durch den Staat auf den Finanzmärkten lehnt Rürup ab. „Das wäre eine zu massive Machtkonzentration.“



**Die Österreicher werden immer älter.** Diese an sich gute Nachricht bringt große Probleme für das Pensionssystem mit sich. Während 1956 noch drei Erwerbstätige für einen Rentner bezahlt haben, muß im Jahr 2030 jeder Beschäftigte einen Pensionisten erhalten. Gleichzeitig stieg die Pensionsdauer von 1950 bis heute bei Männern von 12,1 auf 20,5 Jahre und bei Frauen von 14,9 auf 26 Jahre.